DP DEUTSCHE POLIZEI Hessen

Fotos (10): M. Hüschenbett





Landesdelegiertentag 2026: Haltung zeigen. Zukunft machen.

Eröffnung

Der 28. Landesdelegiertentag der hessischen GdP wurde vom Moderator Lars Elsebach eröffnet. 182 Delegierte und viele Gäste waren nach Marburg gekommen, um die gewerkschaftspolitischen Weichen für die nächsten vier Jahre zu stellen.

Nach einer ergreifenden Totenehrung wurden mehrere Einspieler von Sebastian Schubert gezeigt. Aktionen der zurückliegenden vier Jahre standen im Fokus – Demonstrationen, zwei Tarifverhandlungen, Streiks, Öffentlichkeitsarbeit, Einsatzbetreuung u. v. m.

Der seit 2021 amtierende Landesvorsitzende Jens Mohrherr stimmte die Anwesenden mit einem gewerkschaftspolitischen Grußwort ein: „Die GdP versteht sich nicht als Beobachterin, sondern als aktive Gestalterin von Rahmenbedingungen. Sie war, ist und bleibt politisch!“



Landesvorsitzender Jens Mohrherr bei der Eröffnungsrede

Es folgte das Grußwort des Oberbürgermeisters von Marburg, Dr. Thomas Spies. Dieser lobte die Arbeit der Polizei und der GdP. In Marburg seien alle willkommen, und das Engagement gegen Themen wie Rassismus sei groß.

Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden Jens Mohrherr

Jens Mohrherr zeichnete in seiner Rede ein klares Bild der aktuellen Lage: Die vergangenen Jahre waren für die Beschäftigten der Polizei von steigender Arbeitsbelastung, wachsender Komplexität und strukturellen Grenzen geprägt. Für viele ist diese Entwicklung tägliche Realität – mit längeren Einsätzen, höherem Druck und zunehmenden Erwartungen.

Vor diesem Hintergrund definierte Mohrherr den gewerkschaftlichen Anspruch deutlich: nicht beobachten, sondern gestalten. Haltung zu zeigen, bedeutet für ihn, Missstände offen anzusprechen, sich einzumischen und auch bei Gegenwind klar Position zu beziehen. Grundlage dafür ist die enge Nähe zu den Kolleginnen und Kollegen – nur wer deren Alltag kennt, kann ihre Interessen wirksam vertreten.

Inhaltlich rückte die Rede zentrale Konfliktfelder in den Fokus. Die Besoldung bezeichnete Mohrherr als Frage der Wertschätzung und Gerechtigkeit. Fehlende Dynamik und als ungerecht empfundene Entscheidungen hätten das Vertrauen vieler belastet. Auch die Tarifpolitik sei ein entscheidender Hebel, um auf steigende Belastungen zu reagieren und bessere Rahmenbedingungen durchzusetzen.

Besonders kritisch bewertete er die Arbeitsbedingungen: hohe Arbeitsdichte, mangelnde Planbarkeit und Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gleichzeitig nimmt die Gewalt gegen Polizeibeschäftigte spürbar zu – für Mohrherr ein alarmierendes gesellschaftliches Signal, das klare Konsequenzen erfordert.

Ein weiteres zentrales Thema ist der Fachkräftemangel. Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung und wachsende Konkurrenz durch andere Arbeitgeber zeigen, dass die Attraktivität des Berufs unter Druck steht. Gerade im Tarifbereich sieht Mohrherr dringenden Handlungsbedarf.

Auch die Gewerkschaft selbst steht vor Herausforderungen: Sinkende Mitgliederzahlen machen es notwendig, den Mehrwert gewerkschaftlicher Arbeit stärker sichtbar zu machen. Positiv hob Mohrherr die Fortschritte in der Kommunikation und den ausgebauten Rechtsschutz hervor, der den Mitgliedern Sicherheit gibt.

Sein Fazit war klar: Die Polizei steht vor großen strukturellen Herausforderungen – von finanziellen Einschränkungen bis hin zu neuen Anforderungen durch Digitalisierung und gesellschaftliche Entwicklungen. Veränderungen werden nicht von allein kommen. Sie müssen aktiv gestaltet werden – mit klarer Haltung, politischem Druck und einer starken Gemeinschaft.



Kassiererin Sylvia Schwegel-Otto berichtete über die positive Entwicklung der Finanzen in schwierigen Zeiten sowie über den Haushaltsvorschlag für das Jahr 2026. Die Kassenprüferin Simone Dörsam bestätigte die ordnungsgemäß durchgeführte Kassenführung.

Wahlen

Foto: GdP Hessen



Der neu gewählte geschäftsführende Landesvorstand und Bundesvorsitzender Jochen Kopelke

Der aus Biedenkopf stammende GdP-Vorsitzende Jens Mohrherr wurde in geheimer Wahl mit einem überwältigenden Ergebnis erneut zum GdP-Landesvorsitzenden gewählt. Er erhielt 96 % der Delegiertenstimmen. Der 58-Jährige ist verheiratet und lebt in Wiesbaden. Seit 1988 ist er Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und hat bereits viele Funktionen innerhalb der GdP wahrgenommen, u. a. als Landesjugend- und Bundesjugendvorsitzender. Hinzu kommen knapp elf Jahre, in denen er Vorsitzender des Hauptpersonalrats der hessischen Polizei war. Mohrherr dankte für diesen überwältigenden Vertrauensbeweis. Mit Marika Hertling von der HöMS wurde eine erfahrene Tarifvertreterin zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Stefan Rüppel aus Nordhessen bleibt stellvertretender Landesvorsitzender. Ebenfalls in das Stellvertreteramt wurden Jochen Zeng (Frankfurt) und der Westhesse Peter Vitze gewählt.



Landesjugendvorsitzender Lukas Brauer



Moderator Lars Elsebach

Zum Landeskassierer wurde Lars-German Elsebach von der Bezirksgruppe Nordhessen gewählt. Er hat mit Daniel Klimpke (Westhessen) einen versierten Vertreter. Das Amt des Schriftführers übernimmt Markus Hüschenbett (Südosthessen), sein Vertreter ist Christian Richter (Südhessen). Als Seniorenvertreter im GLBV wurde erneut Bernd Braun gewählt. Als weitere gleichberechtigte Mitglieder wurden Nina Bachelier (Mittelhessen) und Sebastian Schubert (Westhessen) gewählt.

Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten sind Tobias Fenner (Nordhessen), Daniel Foltes (Frankfurt) und Alexandra Stehr-Kröll (Osthessen). Zum Landesvorstand gehören außerdem alle BZG-Vorsitzenden (oder deren Stellvertreter) sowie die Vorsitzenden der Personengruppen (Frauengruppe, Junge Gruppe, Seniorengruppe).

Zu neuen Kassenprüfern gewählt wurden Wulf Baltruschat (Westhessen), Uwe Nachtwey (Frankfurt) und Jörg Weitmann (Südhessen). Im Vertretungsfall stehen als Ersatzkassenprüfer Simone Dörsam und Siegbert Engelhardt bereit. Anschließend wurde die Resolution „Energiepreise runter – innere Sicherheit hoch!“ vorgestellt und verabschiedet. Diese ist auf der Homepage www.gdp.de/hessen zu finden.

Am zweiten Tag des 28. Delegiertentages standen zunächst weitere Wahlen im Fokus. Den Landeskontrollausschuss besetzen: Lothar Hölzgen (Westhessen) als Vorsitzender, Marianne Diefenthäler (Frankfurt), Günter Gibhart (Bereitschaftspolizei), Uwe Bartholmai (Nordhessen), Martin Bedel (Südosthessen), Adelbert Steinberg (Osthessen), Jörg Ehlig (PZBH), Michael Schweikert (Südhessen) und Holger Schmidt (Mittelhessen). Als Studierendenvertreterin wurde Janna Knutas bestätigt. Das Landesschiedsgericht besteht aus dem Vorsitzenden Hartmut Schwöbel (Mittelhessen), Jürgen Aschenbrenner (Westhessen), Michael Messer (Westhessen), Helmut Loos (Frankfurt), Stefan Brehm (Nordhessen) und Matthias Lederer (Mittelhessen). Final endeten die Wahlen mit der namentlichen Bestätigung der Delegierten für den Bundeskongress der GdP im November in Berlin.

Öffentlicher Teil

Am Nachmittag des zweiten Tages fand der mit großer Spannung erwartete öffentliche Teil statt. Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck ließ es sich nicht nehmen, zur größten hessischen Polizeigewerkschaft zu kommen. Ebenso waren nahezu alle Präsidenten und Behördenleiter der hessischen Polizei anwesend.

Der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke sowie die Mitglieder des Bundesvorstandes, Sybille Krause, Markus Glock, Florian Leitner, Kevin Komolka und Judith Hausknecht, waren auch vor Ort. Der Einladung der GdP folgten ferner die innenpolitischen Sprecher der Parteien im Hessischen Landtag: Cirsten Kunz-Strueder (SPD), Alexander Bauer (CDU), Moritz Promny (FDP) und Vanessa Gronemann (Grüne). Musikalisch wurde die Veranstaltung traditionell unterhaltsam durch das Landespolizeiorchester begleitet.

In seiner Begrüßung betonte Landesvorsitzender Jens Mohrherr, dass Gewerkschaftsarbeit immer politisch ist. Aktuelle Probleme wie Personalmangel, fehlende Wertschätzung und Überstunden wurden identifiziert und mit einem deutlichen Appell an die Landesregierung verbunden, mit Blick auf die verfassungswidrige Besoldung endlich tätig zu werden.



HALTUNG ZEIGEN. ZUKUNFT MACHEN.



Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck

Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck gratulierte Jens Mohrherr und dem neuen Vorstandsteam zur Wiederwahl und lobte die klare Abgrenzung der GdP vom Extremismus. Er würdigte den Einsatz der Polizei in Hessen, der mit viel Engagement und Empathie erfolge. Die Bürgerinnen und Bürger wüssten, dass die Polizei unverzichtbar sei. Ihm sei bewusst, dass sich die Polizei in schwierigen Umstellungsprozessen (P25/S25) befinde. Er verteidigte die organisatorischen Veränderungen, wolle die Polizei in der Fläche jedoch grundsätzlich erhalten. Zu S25 seien noch keine gemeinsamen Entscheidungen getroffen worden – dies könne nur gemeinsam mit den Personalvertretungen geschehen.

Zudem sprach der Innenminister die prekäre Haushaltslage an. Im kommenden Jahr sollten Einsparungen nur außerhalb der Polizei erfolgen. Die Einsparung jeder dritten Tarifstelle sei jedoch schmerzhaft. Er kämpfe für die Polizei und setze seine Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Entwicklung, die künftig wieder Verbesserungen im Polizeibereich ermögliche. Der Minister bedankte sich für die konstruktive Zusammenarbeit mit der GdP, auch wenn man naturgemäß nicht in allen Punkten einer Meinung sei. Insbesondere die Randgespräche anlässlich der Plenarsitzungen seien wertvoll.



Bundesvorsitzender Jochen Kopelke

GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke freute sich über die Wiederwahl von Jens Mohrherr. Er lobte das Engagement der ehrenamtlich Tätigen – ohne sie sei erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit nicht möglich.

Den Schwerpunkt seiner Rede legte er auf den Föderalismus und sprach sowohl die vielen Vorteile als auch Kritikpunkte an, etwa hinsichtlich der verfassungswidrigen Besoldung, die deutschlandweit unterschiedlich gehandhabt werde. Herausragend seien aber in Hessen die gesetzlichen Grundlagen für die Polizei, von der andere Länder „träumen"!

Weitere Themen waren unter anderem Neiddebatten in den Medien sowie die hohe Kündigungsrate bei Berufsanfängern im Polizeibereich. Er schloss mit dem Appell, im Föderalismus die guten Lösungen zu übernehmen – und nicht die schlechten, wie sie in manchen Bundesländern diskutiert würden.

Ehrungen verdienter Mitglieder

Im anschließenden Festakt wurden verdiente Kolleginnen und Kollegen geehrt, die in unterschiedlichen Funktionen hervorragende Arbeit geleistet haben. Gewerkschaftspolitisch haben sie an entscheidender Stelle maßgeblich die Geschicke des Landesbezirks mitgestaltet. Politisch wie dienstlich setzten sie sich dafür ein, die Belange der hessischen Polizeibeschäftigten bestmöglich zu vertreten. Dies erforderte viel Zeit und Engagement – oft auch in der Freizeit.

Für den langjährigen Einsatz als stellvertretende Landesvorsitzende bedankte sich Jens Mohrherr herzlich bei Karsten Bech und Heinz Schiskowsky sowie bei der jetzt ausscheidenden Landeskassiererin Sylvia Schwegel-Otto.



Sylvia Schwegel-Otto wurde als Kassiererin verabschiedet.

Auch Petra Moosbauer (langjährige Arbeitnehmervertreterin im Landesvorstand), Andrea Baumgart (ehemalige Landesfrauenvorsitzende) und Gianina Lüttger (ehemalige Landesjugendvorsitzende) wurden geehrt, ebenso Wulf Baltruschat, Jörg Thumann und Dietmar Rodenheber. Martin Mohr wurde für seine Arbeit als Bezirksgruppenvorsitzender von Osthessen geehrt.

Podiumsdiskussion



Podiumsdiskussion mit den innenpolitischen Sprechern

Die Diskussionsrunde „Haltung zeigen. Zukunft machen" wurde von Lars-German Elsebach fachkundig und unterhaltsam moderiert. Teilnehmende waren Kirsten Kuntz-Strueder (SPD), Alexander Bauer (CDU), Moritz Promny (FDP) und Vanessa Gronemann (Grüne).

Dabei nahmen Lars-German Elsebach und Jens Mohrherr die hessische Politik genau unter die Lupe, unter anderem zu den Themen Gewalt gegen Einsatzkräfte, Stellenabbau im Tarifbereich und Attraktivität des Polizeiberufs. Randbeobachter attestierten beiden eine professionelle und pointierte Darstellung der GdP-Argumentation.

Die Veranstaltung erhielt den Charakter einer kompakten Version der Wahlprüfsteine, die zur kommenden Landtagswahl sicher wieder aufgelegt werden.

Schlusswort

Jens Mohrherr bedankte sich bei allen Anwesenden, insbesondere beim Geschäftsstellenteam und den Helferinnen und Helfern der BZG Mittelhessen, für die perfekte Organisation des Delegiertentages.

Er äußerte den Wunsch, diesen Schwung mitzunehmen, geschlossen zu handeln und solidarisch, aber weiterhin politisch kritisch zu bleiben. Zudem dankte er dem Team der Verhandlungsleitung um Katrin Kuhl, Moderator Lars-German Elsebach sowie dem Technikteam für ihre hervorragende Arbeit.

Mit dem Versprechen „Die GdP will nicht reagieren, sondern agieren!" schloss Jens Mohrherr den 28. Landesdelegiertentag. Im Anschluss kam der neu gewählte geschäftsführende Landesvorstand zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Bereits am 6./7. Mai stand die erste Klausurtagung des neu gewählten Gremiums an.

Markus Hüschenbett

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden

ISSN 0170-6446

DER NEUE STELLVERTRETENDE LANDESBEZIRKSVORSITZENDE STELLT SICH VOR

Für unsere Kolleginnen und Kollegen: Verlässlich. Engagiert. Vor Ort.

Mein Name ist Peter Vitze. Beim Landesdelegiertentag der GdP Hessen im April in Marburg wurde ich zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Für das mir entgegengebrachte Vertrauen der Delegierten möchte ich mich herzlich bedanken und mich an dieser Stelle kurz vorstellen.

Dienstlicher Werdegang

1998 begann ich mein Studium bei der Polizei Hessen und trat 2001 nach bestandener II. Fachprüfung meinen Dienst in der Bereitschaftspolizei in Mainz-Kastel an. Bereits nach einem halben Jahr wechselte ich zum Polizeipräsidium Frankfurt am Main in den Bereich MEK-Personenschutz. Nach dieser Station und weiteren Jahren beim Überfallkommando verließ ich die Bankenmetropole und wechselte 2011 zur Regionalen Kriminalinspektion (RKI) Main-Taunus, wo ich den Laufbahnwechsel vollzog.

Nach einem kurzen Zwischenstopp im Betrugskommissariat der RKI Hochtaunus war ich in den vergangenen Jahren als stellvertretender Kommissariatsleiter des K 21/22 in Hofheim und Sulzbach tätig. Seit Februar 2026 leite ich im Zuge der Einführung von P25 ein Sachgebiet bei der Kriminaldirektion Westhessen in Wiesbaden.

Gewerkschaftlicher Werdegang

Seit 1998 bin ich Mitglied der GdP. 2015 wurde ich in die Vorstände der Kreisgruppe Main-Taunus sowie der Bezirksgruppe Westhessen gewählt und engagiere mich dort seither kontinuierlich. 2020 nahm ich an der bundesweiten Kampagne „100 für 100“ teil.

Mit der Gründung des Landesfachausschusses Kriminalpolizei im Jahr 2024 übernahm ich dessen Sprecherfunktion. Ebenfalls seit 2024 bin ich Mitglied im Personalrat des Polizeipräsidiums Westhessen. 2025 wurde ich zum Vorsitzenden der Kreisgruppe Main-Taunus gewählt. Seit April 2026 bin ich nun stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Hessen.

Privates

Geboren wurde ich 1975 und bin im damaligen geteilten Deutschland im heutigen Brandenburg aufgewachsen. Nach dem Abitur und einem einjährigen Wehrdienst studierte ich sechs Semester Jura in Dresden, bevor ich mich für den Eintritt in die hessische Polizei entschied.

Seit 2009 lebe ich mit meinen beiden Töchtern (heute 16 und 19 Jahre alt) in Eppstein. In meiner Freizeit fahre ich gerne Motorrad, spiele Beachvolleyball und koche gelegentlich auch für größere Gruppen.

Privat, dienstlich und gewerkschaftlich bin ich fest im Main-Taunus-Kreis und im Rhein-Main-Gebiet verwurzelt. Gleichzeitig freue ich mich darauf, meine gewerkschaftliche Arbeit künftig verstärkt über die Grenzen des Polizeipräsidiums Westhessen hinaus einzubringen – erste Erfahrungen konnte ich hierzu bereits im Landesfachausschuss Kriminalpolizei sammeln.

Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit den Gremien der GdP sowie allen Mitgliedern – Glück auf! ∎


Foto: GdP Hessen

Steckbrief: Peter Vitze

Name: Peter Vitze
Geburtsjahr: 1975
Wohnort: Eppstein
Familie: zwei Töchter (16 und 19 Jahre)

Dienstlicher Werdegang:
- 1998: Beginn Studium Polizei Hessen
- 2001: Eintritt in den Dienst (Bereitschaftspolizei Mainz-Kastel)
- Wechsel zum PP Frankfurt (MEK-Personenschutz, später Überfallkommando)
- 2011: Laufbahnwechsel bei der RKI Main-Taunus
- Zwischenstation: Betrugskommissariat RKI Hochtaunus
- stellv. Leiter K 21/22 (Hofheim/Sulzbach)
- seit 02/2026: Sachgebietsleiter KD Westhessen (Wiesbaden)

Gewerkschaftliches Engagement (GdP):
- Mitglied seit 1998
- seit 2015: Vorstände KG Main-Taunus & BG Westhessen
- 2020: Teilnahme „100 für 100“
- seit 2024: Sprecher LFA Kriminalpolizei
- seit 2024: Personalrat PP Westhessen
- seit 2025: Vorsitzender KG Main-Taunus
- seit 04/2026: stellv. Landesvorsitzender GdP Hessen

Ausbildung:
- Abitur
- Wehrdienst (1 Jahr)
- Jurastudium (6 Semester, Dresden)

Hobbys & Interessen:
- Motorradfahren
- Beachvolleyball
- Kochen (auch für größere Gruppen)

Regionale Verbundenheit:
Main-Taunus-Kreis & Rhein-Main-Gebiet

Jahresrückblick 2025

Beamtenbesoldung im Spannungsfeld von Verfassungsrecht und Wirtschaftskraft – warum die Reform aus Sicht der Polizei überfällig ist

Die aktuelle Reform der Beamtenbesoldung, zurzeit durch BMI Dobrindt angestoßen, ist kein politisches Geschenk, sondern eine längst notwendige Korrektur. Aus Sicht der Polizeibeschäftigten wird damit ein strukturelles Problem adressiert, das sich über Jahre aufgebaut hat: die schleichende Entkopplung der Besoldung von der realen Einkommensentwicklung in Deutschland und damit auch insbesondere in Hessen.

Ausgangspunkt ist die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Dieses hat unmissverständlich klargestellt, dass die Alimentation von Beamtinnen und Beamten amtsangemessen sein muss. Maßstab ist dabei nicht die Haushaltslage des Landes, sondern ein Mindestabstand zum allgemeinen Einkommensniveau. Genau hier liegt das Problem: Während das Bruttoinlandsprodukt und mit ihm die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands über Jahre gewachsen sind, ist die Besoldung insbesondere in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen nicht im gleichen Maße nachgezogen.

Für die Polizei hat diese Entwicklung konkrete Folgen. Der Beruf ist mit hohen Anforderungen, wachsender Arbeitsverdichtung und steigenden Risiken verbunden. Gleichzeitig geraten insbesondere junge Beamtinnen und Beamte sowie Familien zunehmend unter finanziellen Druck. Wenn das Einkommen nicht mehr klar oberhalb dessen liegt, was vergleichbare Haushalte außerhalb des öffentlichen Dienstes erzielen, wird das Alimentationsprinzip faktisch ausgehöhlt.



Foto: GdP Hessen

Seit Jahren setzt sich die GdP Hessen für eine gerechte Besoldung ein.

Die nun geplante Reform im Bund greift mehrere zentrale Punkte auf. Die stärkere Anhebung des Grundgehalts sowie die deutliche Erhöhung der Kinderzuschläge sind richtige Schritte. Sie tragen dazu bei, die verfassungsrechtlich gebotene Mindestgrenze wieder einzuhalten. Auch die Abschaffung des Verheiratetenzuschlags ist aus gewerkschaftlicher Sicht grundsätzlich nachvollziehbar, da sie zu einer gerechteren Behandlung unterschiedlicher Lebensentwürfe beiträgt.

Kritisch sehen wir jedoch die Heranziehung eines fiktiven Partnereinkommens zur Berechnung der sogenannten Prekaritätsschwelle. Diese Annahme verkennt die Lebensrealität vieler Polizeifamilien. Schichtdienst, Versetzungen und hohe Belastungen erschweren es Partnerinnen und Partnern häufig, einer eigenen Erwerbstätigkeit im angenommenen Umfang nachzugehen. Eine verfassungskonforme Besoldung darf nicht auf hypothetischen Annahmen beruhen, sondern muss sich an realen Lebensverhältnissen orientieren.

Der Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist dennoch offensichtlich. Eine starke Wirtschaft – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – schafft die Grundlage für stabile Staatseinnahmen. Daraus erwächst die Verantwortung, diejenigen angemessen zu entlohnen, die täglich für Sicherheit und Ordnung sorgen. Die Polizei ist kein Kostenfaktor, der beliebig angepasst werden kann, sondern ein zentraler Bestandteil der staatlichen Infrastruktur.

Vor diesem Hintergrund ist die Reform ein wichtiger Schritt, aber kein Abschluss. Entscheidend wird sein, dass die Besoldung künftig dynamischer an die allgemeine Einkommensentwicklung gekoppelt wird. Nur so lässt sich verhindern, dass erneut verfassungswidrige Zustände entstehen.

Die Gewerkschaft der Polizei wird den weiteren Gesetzgebungsprozess daher kritisch begleiten. Unser Ziel ist klar: eine verlässliche, realitätsgerechte und verfassungskonforme Besoldung, die die Attraktivität des Polizeiberufs sichert und den besonderen Anforderungen dieses Dienstes gerecht wird. **Jens Mohrherr**

Anzeige



Grone
WISSEN, DAS SIE WEITERBRINGT

Grone Bildungszentren Hessen GmbH - gemeinnützig
Gerbermühlstraße 11 · 60594 Frankfurt am Main
Telefon 069 4089987-0 · Fax 069 4089987-10
E-Mail: frankfurt@grone.de · www.grone.de

+ SATIRE + SATIRE + SATIRE + SATIRE + SATIRE + SATIRE + SATIRE + SATIRE + SATIRE + SATIRE + SATIRE + SATIRE + SATIRE +

„Corporate Design sichert jetzt auch die öffentliche Ordnung“ – Hessen investiert strategisch in … Farben

Pressemitteilung: Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hessen

Wiesbaden – Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hessen begrüßt die mutige Entscheidung der Landesregierung, rund 800.000 Euro in ein neues Erscheinungsbild zu investieren. Endlich wird ein lange vernachlässigter sicherheitspolitischer Missstand angegangen: das veraltete Farbschema.

Während Kriminalität, Personalmangel und marode Infrastruktur bislang die öffentliche Debatte dominierten, setzt Hessen nun ein klares Signal: Design ist die neue Gefahrenabwehr. Natürlich waren die Bedenken zunächst groß. Hätte man das neue Logo nicht auch kostengünstiger und haben können, und stattdessen z. B. weniger Tarifbeschäftigte in die kommende Personalvernichtungsbörse melden, die auch den Polizeibereich betrifft? Schnell wurde aber die Genialität der Designentscheidung klar.

„Ein stimmiges Logo kann deeskalierend wirken“, erklärt Markus Hüschenbett, Leiter PS26. „Wenn Bürgerinnen und Bürger künftig von einem hochästhetisch optimierten Briefkopf mit dem respekteinflößenden Löwen angesprochen werden, sinkt die Wahrscheinlichkeit von Konflikten signifikant. Das ist quasi präventive Polizeiarbeit – nur ohne Polizei.“

Nach Medienberichten belaufen sich allein die Kosten für das neue Logo 800.000 Euro und sollen im Zuge eines umfassenden Corporate Designs weiter steigen.[1]

Die Landesregierung betont dabei, dass das neue Design Hessen moderner und einheitlicher präsentieren soll – von der Website bis zum Kugelschreiber.

Die GdP zeigt sich beeindruckt von dieser Prioritätensetzung: „Wir haben jahrelang über zusätzliche Stellen, bessere Ausrüstung, verfassungswidrige Besoldung, Zufriedenheit der Beschäftigten und Digitalisierung gesprochen. Dabei lag die Lösung die ganze Zeit auf dem Tisch – nur eben im falschen Layout.“

Auch operative Vorteile seien zu erwarten:

- Streifenwagen könnten künftig durch besonders klare Linienführung schneller erkannt werden, wenn das neue Logo auf der Motorhaube prangen würde.
- Formulare wirken durch modernes Design weniger einschüchternd.
- Straftäter ergeben sich freiwillig, sobald sie das neue Hessen-Blau sehen.



Foto: KI-generiertes Bild, erstellt mit ChatGPT (OpenAI), am 18.04.2026

Kritik, wonach in Zeiten angespannter Haushalte andere Investitionen dringlicher wären, weist die GdP entschieden zurück: „Sicherheit beginnt im Kopf – und gutes Design spricht genau diesen an. Außerdem lässt sich ein Logo deutlich leichter beschaffen als tausend neue Polizeibeschäftigte.“

Abschließend kündigt die GdP an, ebenfalls nachzuziehen: Der GdP-Stern soll künftig durch ein frisches Erscheinungsbild ersetzt werden. Dieser soll in einem grellen pink erstrahlen. Das liegt genauso nah wie den Hessenlöwen blau zu machen, weil die Landesfahne ja rot-weiß ist.

Für Rückfragen steht Ihnen unser Design- und Heraldikbeauftragter gerne zur Verfügung – sofern er nicht gerade an der Farbpalette der Gefahrenabwehr arbeitet.

Markus Hüschenbett,
PS26 (Projekt Satire 2026)

[1] https://www.hessenschau.de/politik/teurer-als-gedacht-neues-hessen-design-kostet-rund-800000-euro--v1,teures-hessen-logo-100.html

Protestvideo auf Youtube

Sparen auf dem Rücken der Beschäftigten – Hessen riskiert die Funktionsfähigkeit seiner Polizei

Der Landesvorsitzende, Jens Mohrherr, stellte zur Finanzpolitik der Landesregierung fest: Die Diskussion um den Landeshaushalt 2026 in Hessen offenbart einmal mehr ein strukturelles Problem: Der Spagat zwischen Haushaltskonsolidierung und einer leistungsfähigen Polizei wird auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Die Kritik der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist daher nicht nur berechtigt – sie ist zwingend notwendig.

Personalpolitik: Der schleichende Abbau beginnt im Hintergrund

Die im Haushalt verankerte Regelung, wonach in nachgeordneten Behörden künftig nur noch zwei von drei frei werdenden Stellen nachbesetzt werden dürfen, mag auf den ersten Blick wie eine verwaltungsinterne Steuerungsmaßnahme erscheinen. Tatsächlich handelt es sich jedoch um einen klassischen Fall von Personalabbau „durch die Hintertür".

Zwar sind der Polizeivollzug und die Wachpolizei formal von dieser Regelung ausgenommen, doch greift diese Argumentation zu kurz. Denn sie blendet aus, dass die Funktionsfähigkeit der Polizei nicht allein von uniformierten Kräften abhängt. Die Tarifbeschäftigten in der Verwaltung bilden das organisatorische Rückgrat der Sicherheitsarchitektur. Ihr Wegfall führt zwangsläufig zu einer Mehrbelastung der Vollzugskräfte, die bereits heute an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten.

Wer an dieser Stelle spart, spart nicht effizient – er verlagert Probleme. Die Konsequenzen sind absehbar: steigende Arbeitsverdichtung, sinkende Motivation und letztlich eine Schwächung der Inneren Sicherheit.

Verfassungswidrige Besoldung: ein ungelöstes Dauerproblem

Noch gravierender ist die seit Jahren bestehende Problematik der Beamtenbesoldung. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist eindeutig: Die Alimentation von Beamtinnen und Beamten muss einen Mindestabstand von 15 Prozent zur Grundsicherung wahren. Dieses sogenannte Abstandsgebot wurde in Hessen über Jahre hinweg unterschritten.

Dass dieser Zustand seit 2013 fortbesteht, ist nicht nur rechtlich bedenklich – es ist ein politisches Versäumnis von erheblicher Tragweite. Die wiederholten Hinweise aus Karlsruhe wurden zur Kenntnis genommen, aber nicht konsequent umgesetzt. Die Folge ist ein wachsender Vertrauensverlust innerhalb der Beamtenschaft.

Die Ankündigung, im Laufe des Jahres 2026 eine verfassungskonforme Regelung zu schaffen, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Doch entscheidend ist nicht die Ankündigung, sondern die Umsetzung. Und hier zeigt der aktuelle Haushalt erhebliche Defizite: Es fehlen erkennbare finanzielle Vorsorgen für eine rückwirkende Korrektur der Besoldung.

Tarifabschluss 2026: Fortschritt mit Vorbehalt

Mit dem Abschluss der Tarifverhandlungen zum TV-H 2026 ist es den Gewerkschaften gelungen, ein Ergebnis zu erzielen, das im Ländervergleich durchaus Bestand hat. Die zweistufige Erhöhung um zunächst 3,0 Prozent (mindestens 110 Euro) ab Juli 2026 und weitere 2,8 Prozent ab Oktober 2027 sorgt für eine spürbare Verbesserung der Einkommen im Tarifbereich.

Doch auch hier gilt: Für die Beamtinnen und Beamten entfaltet dieser Abschluss nur dann Wirkung, wenn er zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung übertragen wird. Angesichts der bestehenden verfassungsrechtlichen Defizite reicht eine lineare Übertragung jedoch nicht aus. Vielmehr bedarf es einer strukturellen Anpassung, die das Abstandsgebot nachhaltig sicherstellt.

Fazit: Sicherheit gibt es nicht zum Sparpreis

Die Landesregierung steht vor einer Richtungsentscheidung. Setzt sie weiterhin auf kurzfristige Einsparungen, riskiert sie langfristige Schäden – sowohl für die Funktionsfähigkeit der Polizei als auch für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Eine leistungsfähige Polizei ist kein Kostenfaktor, den man beliebig reduzieren kann. Sie ist ein zentraler Bestandteil des staatlichen Gewaltmonopols und damit Grundlage für Sicherheit und Stabilität. Wer hier spart, spart an der falschen Stelle.

Die GdP fordert daher zu Recht: eine verfassungskonforme Besoldung, eine verlässliche Personalpolitik und eine ehrliche Prioritätensetzung im Haushalt. Alles andere wird den Herausforderungen unserer Zeit nicht gerecht.

Jens Mohrherr



Foto: Jorma Bork/pixelio.de

HALTUNG ZEIGEN. ZUKUNFT MACHEN.

75 Jahre GdP Hessen – Haltung, Kampf und Verantwortung

Als am 25. August 1951 die Gewerkschaft der Polizei in Hessen gegründet wurde, war dies weit mehr als die Etablierung einer weiteren Interessenvertretung. Es war ein bewusster Gegenentwurf zu autoritären Strukturen, ein klares Bekenntnis zu einer demokratischen Polizei und der Beginn einer Erfolgsgeschichte gewerkschaftlicher Selbstbehauptung.

Aufbruch in eine demokratische Polizeikultur
Die Gründung der GdP Hessen stand im Zeichen eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels. Nach den Erfahrungen der NS-Zeit ging es nicht nur um den Wiederaufbau staatlicher Strukturen, sondern um deren demokratische Neuausrichtung. Die Polizei sollte nicht länger Instrument staatlicher Machtausübung sein, sondern Garant von Recht und Freiheit. Die frühen Forderungen der GdP waren daher programmatisch: Demokratisierung der Ausbildung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Schaffung einer unabhängigen Interessenvertretung für Polizeibeschäftigte. Von Beginn an galt: Die GdP ist kein verlängerter Arm der Verwaltung – sie ist die Stimme der Kolleginnen und Kollegen.

Strukturen schaffen – Interessen durchsetzen
In den 1950er- und 1960er-Jahren lag der Fokus auf dem organisatorischen Aufbau. Landesbezirke, Personalräte und Dienststellenvertretungen wurden etabliert. Ziel war eine schlagkräftige, flächendeckende Interessenvertretung auf allen Ebenen. Gleichzeitig setzte die GdP früh klare inhaltliche Akzente: faire Besoldung, bessere Arbeitsbedingungen und echte Mitbestimmung. Themen wie Überstundenbelastung, Pausenregelungen und Schutzausstattung waren keine Randthemen – sie betrafen den Alltag der Beschäftigten unmittelbar.

Die 1970er: gewerkschaftlicher Kampf und Selbstbehauptung
Die 1970er-Jahre markieren eine Phase intensiver Auseinandersetzung. Mit der Gründung von Initiativausschüssen organisierten sich Polizeibeschäftigte zunehmend selbstbewusst und unabhängig. Hintergrund waren starre Hierarchien, Personalmangel und wachsende Belastungen durch Großeinsätze. Die GdP setzte auf klare Kante: Öffentlichkeitsarbeit, politische Gespräche und Großdemonstrationen mit Tausenden Teilnehmern prägten diese Zeit. Die Forderungen waren eindeutig: mehr Personal, bessere Ausbildung, gerechte Besoldung und die Anerkennung als eigenständige gewerkschaftliche Kraft. Der Konflikt mit der ÖTV war dabei Ausdruck eines grundlegenden Richtungsstreits: Fremdvertretung oder Selbstvertretung? Die GdP entschied diesen Konflikt mit strategischem Geschick und wachsender Mitgliederstärke für sich.

1978: der Schritt in den DGB – ein Meilenstein
Mit der Aufnahme in den Deutschen Gewerkschaftsbund am 1. April 1978 erreichte die GdP einen entscheidenden Durchbruch. Die Anerkennung als eigenständige Gewerkschaft stärkte nicht nur die Tariffähigkeit, sondern auch die politische Durchsetzungskraft. Von diesem Zeitpunkt an war klar: Die GdP ist nicht nur Interessenvertretung – sie ist ein politischer Akteur mit Gewicht.

Persönlichkeiten, die geprägt haben
Gewerkschaftliche Entwicklung ist immer auch das Ergebnis engagierter Persönlichkeiten. Nicht immer sind oder waren es die Vorsitzenden! Namen wie Horst Kothe, Werner Larem, Wilfried Panteleit, Hans-Georg Koppman stehen für eine klare Linie, Verlässlichkeit und strategisches Denken, was insbesondere den Eintritt in den DGB damals begünstigte. Viele andere hatten Anteil, das machte uns stark. Die Vollendung der zweigeteilten Laufbahn war ein Meilenstein, der die Karriereperspektiven vieler Kolleginnen und Kollegen nachhaltig verbessert hat. Auch der dauerhafte Dialog mit der Politik – etwa mit Innenminister Dr. Herbert Günter – zeigt: Fortschritt entsteht dort, wo klare Positionen auf politische Verantwortung treffen.

Inhaltliche Kontinuität: Die Themen bleiben aktuell
Die zentralen Themen der GdP Hessen haben sich über die Jahrzehnte hinweg als bemerkenswert konstant erwiesen – weil sie strukturelle Fragen betreffen:

- Personal: ausreichende Ausstattung statt Dauerbelastung
- Ausbildung: Qualität und Professionalität als Grundlage polizeilicher Arbeit
- Besoldung: leistungsgerecht, verlässlich und verfassungskonform
- Tarifabschlüsse: Schritt halten mit der tatsächlichen Entwicklung der Preise

Diese Themen sind kein Selbstzweck – sie sind Voraussetzung für eine funktionierende Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat.

2026: Haltung zeigen – Zukunft gestalten
75 Jahre nach ihrer Gründung steht die GdP Hessen vor neuen Herausforderungen: Digitalisierung, gesellschaftlicher Wandel, steigende Anforderungen an die Sicherheitsbehörden und eine zunehmend kritische öffentliche Wahrnehmung der Polizei. Die GdP Hessen bleibt daher das, was sie immer war: eine kämpferische, unabhängige und solidarische Interessenvertretung. Ihr Credo gilt unverändert: Wir haben keine Lobby – unsere Lobby sind wir selbst. Die Geschichte der GdP Hessen ist eine Geschichte des Engagements, der Auseinandersetzung und des Erfolgs. Sie zeigt, dass Fortschritt nicht geschenkt wird, sondern erkämpft werden muss. Wer heute über die Zukunft der Polizei spricht, darf die Lehren der Vergangenheit nicht vergessen. Eine starke Polizei braucht eine starke Gewerkschaft. Und eine starke Gewerkschaft lebt von der Haltung ihrer Mitglieder. 75 Jahre GdP Hessen sind deshalb nicht nur ein Jubiläum – sie sind ein Auftrag.

Jens Mohrherr